

ver.di e. V. • Postfach 22 64 • 76010 Karlsruhe

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und
Kunst Baden-Württemberg
Ministerin Theresia Bauer
Königstr. 46
70173 Stuttgart

FB 5 Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk Mittelbaden-
Nordschwarzwald

Rüppurrer Str. 1 a
76137 Karlsruhe

Telefon: 0721/ 38 46 - 000
Telefax: 0721/ 38 46 - 335

um 08.08.2011

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen FB 5/TD

Tel.-Durchwahl - 500

Fax-Durchwahl - 336

Sehr geehrte Frau Ministerin Bauer,

herzlich grüßt Sie die ver.di-Betriebsgruppe am KIT. Wir durften, leider nur aus der Presse, entnehmen, dass Sie am 17.08.2011 Ihren Antrittsbesuch beim KIT absolvierten. Sicherlich gab es bei den vielen Highlights, die das KIT zu bieten hat, keine Gelegenheit mehr, auch noch den Dialog mit den Beschäftigten und Studierenden zu suchen.

Einige wenige Beschäftigte hatten Sie bei Ihren Gesprächen mit dem Personalrat bereits kennen gelernt. Wie wir dem BNN-Artikel vom 18.08.2011 entnehmen konnten, sind Sie mit Prof. Hippler einig, dass im Aufsichtsrat des KIT keine Mitbestimmungsstrukturen erwünscht sind. Gerne möchten wir Sie noch einmal an Ihre Antworten zu unseren Fragen anlässlich unserer Aktion „Frage Deinen Kandidaten“ erinnern:

Unsere Frage:

Die 8500 KIT - Beschäftigten sind im Aufsichtsrat des KIT nicht vertreten. Ihre Stimme bleibt dort ungehört. Halten Sie dies für einen akzeptablen Zustand? Würden Sie sich für ein Vertretungsrecht der Beschäftigten im Aufsichtsrat einsetzen?

Ihre Antwort:

Wir halten bereits die Konstruktion der Hochschulräte als Aufsichtsräte für unakzeptabel, denn sie folgt einem falschen Leitbild: Hochschulen sind keine Unternehmen - sie sind an Erkenntnisgewinn orientiert und nicht an Profitmaximierung. Unterschiedliche Ziele brauchen unterschiedliche Strukturen. Hochschulräte in der jetzigen Form sind deshalb von vornherein wenig sinnvoll. Zwar spricht nichts gegen die Idee, externe Expertisen aus der Gesellschaft in die Hochschulen einzubinden. ...Dies könnte aber besser in beratender Form geschehen, orientiert am Modell eines Kuratoriums statt an dem eines Aufsichtsrates. Die Mitglieder eines solchen Kuratoriums müssten verschiedene gesellschaftliche Bereiche abdecken und zu einem erheblichen Teil lokal an den Hochschulstandorten verwurzelt sein, damit sie auch ein ernsthaftes Interesse an der Hochschulentwicklung mitbringen ... Eine Vertretung der Beschäftigten wäre in so einem anders ausgerichteten Gremium nicht erforderlich - diese muss dagegen an anderer Stelle gestärkt werden.

Da nun keine anderen Leitungsstrukturen geschaffen wurden und jetzt doch ein Aufsichtsrat beim KIT verbleiben soll, werden auch dort demokratische Strukturen gebraucht, die im Übrigen den externen Vertretern aus der Industrie auch aus ihren jeweiligen Aufsichtsräten bekannt sind. FB 5

Unsere Frage:

Falls Sie nach der Wahl an der Regierung beteiligt sein sollten: würden Sie den derzeitigen Trend der Verschlechterung der Mitbestimmung umkehren und den Beschäftigten wieder mehr Teilhaberechte einräumen?

Ihre Antwort:

Generell brauchen unsere Hochschulen eine neue Partizipationskultur und weniger Steuerung auf der Basis einer Autonomie der Rektorate. Dazu gehören Teilhaberechte der Beschäftigten ebenso wie die Verfasste Studierendenschaft als Grundlage für eine ernsthafte studentische Mitbestimmung.

Soweit zu Ihren damals gegebenen Antworten.

Es verwundert uns nun doch zu erfahren, dass Sie zuversichtlich sind, dem Personalrat vermitteln zu können, warum das KIT jetzt keine Mitbestimmungsstrukturen bei seinem wichtigsten Gremium braucht. Sie sollten dies aber auch allen Beschäftigten erläutern.

Sonst bleibt den Mitarbeitern nur „labora et ora“ – arbeite und bete – vor allem dafür, dass das Präsidium inklusive Aufsichtsrat keine Fehler begeht und alle hochfliegenden Pläne gelingen. Was bei einem Misslingen für die Beschäftigten folgt, ist einem Positionspapier der TU 9 zu entnehmen, dessen Gründungspräsident Prof. Hippler 4 Jahre lang war:

Auszug aus TU9 Positionspapier „Personalstruktur“

e) Lockerung von Kündigungsschutzregelungen

Infolge der Notwendigkeit zur steten wissenschaftlichen Neuausrichtung unterliegen Hochschulen einem kontinuierlichen Prozess der Restrukturierung. Bei tiefgreifenden Organisationsveränderungen (z.B. Schließung von Instituten, Betriebsteilen) dürfen auch betriebsbedingte Kündigungen kein grundsätzliches Tabuthema darstellen, sind aber im Bewusstsein der sozialen Verantwortung im Einzelfall sorgfältig abzuwägen. Im gleichen Zuge sind geeignete Maßnahmen der Personalqualifizierung und -entwicklung auszubauen, im Falle einer unumgänglichen Freisetzung aber auch Instrumentarien wie z.B. die Gewährung von Abfindungen einzuführen....

Eine Verlagerung von Mitbestimmungsstrukturen in ein House of Partizipation „HOPE“ als Experimentierumgebung mag ja „bezaubernd“ sein, gleichwohl ersetzt dies keine gelebte echte Mitbestimmung. Es ist eher eine Mitbestimmung im Reagenzglas einer sterilen Laborumgebung; die Untersuchung von Mitbestimmung kann gelebte Mitbestimmung nicht ersetzen.

Die KIT-Beschäftigten nehmen das Angebot in der Präambel des Koalitionsvertrages an:

„Eine neue politische Kultur des Dialogs und der Offenheit für Vorschläge, unabhängig davon wer sie macht, wird mit uns in Baden-Württemberg Einzug halten. Wir laden alle in unserer Gesellschaft ein, mit uns gemeinsam am Baden-Württemberg der Zukunft zu arbeiten -- Verbände und Organisationen, Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen unseres Landes. Diese Einladung gilt auch den Parteien und Fraktionen im Land und all jenen, die diesem Wechsel noch skeptisch gegenüber. Denn die Regierung Kretschmann-Schmid ist eine Regierung für alle Menschen im Land.“

In Erwartung ihrer Antwort - gerne auch in einem persönlichen Gespräch verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Ihre KIT ver.di-Betriebsgruppe

Anhang

Ihr Antwortschreiben vom 22.02.2011 auf unsere Fragen:

Bauer1.jpg

Bauer2.jpg

Bauer3.jpg

Bauer4.jpg

Bauer5.jpg